Stadt Rheda-Wiedenbrück

Der Bürgermeister

Vorlagen-Nr.

V-341/2024

öffentliche VORLAGE

Fachbereich/Abteilung:	Abt. Organisation und Zentraler Service
Erstellt durch:	Herrn Wiens
Erstellt am:	09.12.2024

5

↓ Beratungsfolge	↓ Sitzungstermin
Rat der Stadt Rheda-Wiedenbrück	09.12.2024

10

Tagesordnungspunkt:

Prüfung der vorläufigen Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens

15

1	Finanzielle Auswirkungen	⊗	Nein	☐	Ja, dann auch:	☐	Mitzeichnung Käm- merer / FBL Finanzen erforderlich
---	---------------------------------	---	------	--------------------------	-------------------	--------------------------	---

Beschlussvorschlag:

20

Der Rat der Stadt Rheda-Wiedenbrück stellt im Rahmen des Vorprüfungsverfahrens gem. § 26 Abs. 2 S. 7 Gemeindeordnung NRW die vorläufige Zulässigkeit des Bürgerbegehrens gegen den Ratsbeschluss zur Befürwortung der Einrichtung und des Betriebs einer Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) für Geflüchtete in Rheda-Wiedenbrück durch die Bezirksregierung Detmold auf dem städtischen Grundstück am Standort „Im Mersch“ (V-223/2024 4. Erg.) vom 02.12.2024 in der mit Antrag vom 06.12.2024 vorgelegten Fassung fest. Von der vorläufigen Zulässigkeitsfeststellung sind die erforderlichen Unterstützungsunterschriften gem. § 26 Abs. 4 GO NRW ausgenommen.

25

Die Verwaltung wird beauftragt, diese Entscheidung den Vertretungsberechtigten des Bürgerbegehrens mitzuteilen, verbunden mit dem Hinweis, dass das Bürgerbegehren mit den nach § 26 Abs. 4 GO NRW erforderlichen Unterstützungsunterschriften bis zum 04.03.2025 eingegangen sein muss.

35

Sachverhalt:

40 Gemäß § 26 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) können Bürger mittels eines Bürgerbegehrens beantragen, über eine Angelegenheit der Gemeinde selbst an Stelle des Rates zu entscheiden. Der Rat kann dem Begehren entsprechen. Entspricht der Rat dem Begehren nicht, so folgt ein Bürgerentscheid. Findet hier das Begehren eine Mehrheit, setzt es sich über die Entscheidung des Rates hinweg. Dieser Bürgerentscheid hat dann die Wirkung eines Ratsbeschlusses.

45 Die Bürgerinitiative „In Vielfalt, ohne Angst“ hat am 03.12.2024 die Absicht erklärt, ein Bürgerbegehren gegen den Ratsbeschluss zur Befürwortung der Einrichtung und des Betriebs einer Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) für Geflüchtete in Rheda-Wiedenbrück durch die Bezirksregierung Detmold auf dem städtischen Grundstück am Standort „Im Mersch“ (V-223/2024 4. Erg.) vom 02.12.2024 einzuleiten (Anlage 1 – Niederschrift Einleitung). Daraufhin
50 wurde den benannten Vertretungsberechtigten am 05.12.2024 eine Einschätzung der aus einem erfolgreichen Bürgerbegehren folgenden Kosten (Kostenschätzung) mitgeteilt (Anlage 2 – Mitteilung Kostenschätzung).

55 Mit Schreiben vom 06.12.2024, eingegangen am 09.12.2024, haben die Vertretungsberechtigten unter Mitzeichnung von 40 weiteren Bürger*innen die Feststellung der vorläufigen Zulässigkeit des Bürgerbegehrens beantragt (Anlage 3 – Antrag Vorprüfung). Dabei wurde der für die Sammlung der Unterstützungsunterschriften vorbereitete Unterschriftenbogen ebenfalls zur Prüfung vorgelegt (Anlage 4 – Unterschriftenliste Bürgerbegehren). Dementsprechend hat
60 der Rat die Entscheidung zu treffen, ob das Bürgerbegehren - mit Ausnahme der Voraussetzungen des § 26 Abs. 4 GO NRW – alle ansonsten erforderlichen Zulässigkeitsvoraussetzungen erfüllt.

65 Die rechtliche Prüfung durch das Wahlamt hat ergeben, dass das Begehren als zulässig zu beurteilen ist (Anlage 5 – Vermerk Prüfung vorl. Zulässigkeit). Das Bürgerbegehren richtet sich gegen einen gefassten Ratsbeschluss und hat somit eine Angelegenheit zum Gegenstand, für deren Entscheidung der Rat die Organkompetenz besitzt. Dabei handelt es sich auch nicht um eine Angelegenheit, die nach dem Negativkatalog des § 26 Abs. 5 GO NRW vom Bürgerbegehren ausgeschlossen ist. Zudem wurde die für den angestrebten Bürgerentscheid formulierte Fragestellung so formuliert, dass sie im Sinne des Bürgerbegehrens mit „Ja“ zu beantworten ist. Gegen die dem Antrag beigefügte Begründung bestehen keine rechtlichen Bedenken.
70

75 Im Anschluss an die Feststellung der vorläufigen Zulässigkeit sind durch die Vertretungsberechtigten des Bürgerbegehrens bis zum 04.03.2025 die gem. § 26 Abs. 4 GO NRW erforderlichen Unterstützungsunterschriften beizubringen. Die genannte Regelung sieht vor, dass ein Bürgerbegehren in Gemeinden bis 50.000 Einwohnern von 7 % der Bürger unterzeichnet sein muss. Bezüglich der Einwohnerzahl ist die von IT NRW am 30.06.2024 veröffentlichte Zahl von 49.603 Einwohnern maßgeblich. Die maßgebliche Zahl der Bürger ist die bei der letzten allgemeinen Kommunalwahl festgestellte Zahl der Wahlberechtigten. Diese lag bei der Kommunalwahl am 13.09.2020 bei 39.193. Somit sind für ein zulässiges Bürgerbegehren mindestens 2.744 gültige Unterschriften von wahlberechtigten Bürger*innen erforderlich.
80

85 Nach Vorlage der gesammelten Unterschriften prüft die Verwaltung, ob die erforderliche Zahl an gültigen Unterstützungsunterschriften vorliegt. Sodann trifft der Rat die abschließende Entscheidung über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens. Es ist vorgesehen, diese Entscheidung in der nächsten Ratssitzung nach der Winterpause, d. h. am 31.03.2025, zu treffen. Sofern die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens dann abschließend festgestellt wird entscheidet der Rat erneut in der Sache.

90 Der Rat kann hierbei entweder dem Bürgerbegehren durch Beschluss inhaltlich entsprechen, einen Kompromiss mit den Initiatoren schließen (öffentlich-rechtlicher Vertrag) oder das Begehren ablehnen. Kommt es zu einer Ablehnung, wird binnen drei Monaten nach diesem Beschluss (also bis zum 30.06.2025) ein Bürgerentscheid durchgeführt. Die Abstimmung erfolgt im Briefabstimmungsverfahren. Der Rat bestimmt den Tag und die Uhrzeit, bis zu denen der

95 Stimmbrief beim Bürgermeister eingegangen sein muss (Tag des Bürgerentscheids).

Der Bürgerentscheid ist erfolgreich bei Mehrheit der gültigen Stimmen, wenn diese Mehrheit **mindestens 20 %** der dann stimmberechtigten Bürger beträgt (§ 26 Abs. 7 GO NRW).

100 In Vertretung

105 Christoph Krahn
Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer